

Geoökonomie oder die geostrategischen Rahmenbedingungen der Globalisierung

Prof. Dr. Dr. h.c. Lars P. Feld, Universität Freiburg und Walter Eucken Institut

Nach seinem Staatsbesuch in China kündigte der französische Präsident Emmanuel Macron an, die Abhängigkeiten Europas von den Vereinigten Staaten reduzieren zu wollen. Die Souveränität Europas, seine Eigenständigkeit im Konflikt zwischen den USA und China müssten gestärkt werden. Abgesehen davon, dass Macron für Frankreich, nicht aber für die Europäische Union (EU), geschweige denn für Europa sprechen kann, muss dieser Vorstoß als schwerer außenpolitischer Fehler bezeichnet werden. Das hat mehrere Gründe.

Die französische Politik ist seit je her auf Souveränität aus. Nachdem Charles de Gaulle Anfang der 1960er Jahre den schrittweisen Rückzug Frankreichs aus der NATO vollzog, dauerte es bis zum Jahr 2009, um die Sonderrolle Frankreichs in der NATO zu beenden. Frankreich hat gleichwohl zunehmend die außen- und verteidigungspolitische Souveränität der EU betont und sich vor allem mit den damit verbundenen industriepolitischen Vorstellungen in der EU durchgesetzt. Insofern muss der Vorstoß nicht überraschen.

Allerdings sollte spätestens seit dem Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine wieder ins Bewusstsein gerückt sein, dass es die Vereinigten Staaten sind, welche die Sicherheit Europas garantieren. Frankreich ist dazu nicht in der Lage. In der derzeit schwierigen Kriegssituation der Ukraine stößt der Vorstoß Macrons die amerikanischen Verbündeten vor den Kopf und gefährdet somit die sicherheitspolitischen Interessen Europas.

Hinsichtlich der außenpolitischen Strategie gegenüber China erweckt der französische Alleingang den Eindruck, die EU sei im Streit zwischen den USA und China neutral. Das ist eine Illusion. Die chinesische Außenpolitik ist expansionistisch und nationalistisch. China bedroht nicht nur Taiwan, sondern dehnt seine Gebietsansprüche im südchinesischen Meer so weit aus, dass eine Finnlandisierung ganz Südostasiens droht und die dortigen Verbündeten des Westens in eine schwierige Lage versetzt. Nicht die USA und China stehen in einem Konflikt, sondern China mit dem freiheitlichen und demokratischen Westen, der es nicht hinnehmen darf, dass ein autokratisches, men-

schenrechtsverachtendes Regime seine Einfluss-sphäre weiter ausdehnt. Die Schlussfolgerung daraus kann nur sein, dass die EU an der Seite der USA zu stehen hat, um den chinesischen Expansionsdrang durch effektive Abschreckungspolitik einzudämmen.

Dies hat erhebliche Bedeutung für die internationalen Wirtschaftsbeziehungen. Gerade Deutschland, dessen Wirtschaft stärker internationalisiert ist als in jedem anderen G7-Staat, hat ein großes Interesse daran, dass der Prozess der Globalisierung nicht umgekehrt wird. Insgesamt hat die Welt angesichts ihrer armutsreduzierenden Wirkung ein starkes Interesse an der Fortsetzung der Globalisierung. Gemäß den Angaben der Weltbank nahm die Anzahl der Menschen in extremer Armut von rund 2 Milliarden Personen im Jahr 1990 auf 648 Millionen Menschen im Jahr 2019 ab – bei einer gleichzeitigen Zunahme der Weltbevölkerung von 5,3 Milliarden Menschen 1990 auf 7,8 Milliarden in 2019. Schon seit der Finanzkrise der Jahre 2008/ 2009 lassen sich zunehmend protektionistische Tendenzen feststellen. Eine Zuspitzung des Konflikts des Westens mit China wäre ein schwerer Schlag für die wirtschaftliche Entwicklung in der Welt.

Eine Fortsetzung guter Geschäfte westlicher Unternehmen in China lässt sich nur erreichen, wenn eine solche Eskalation ausbleibt. Die Voraussetzung dafür ist insbesondere eine effektive Abschreckung bei gleichzeitiger Dialogbereitschaft. Der Vorstoß Macrons schwächt vor allem die Effektivität der Abschreckung, indem China dadurch die Spaltung des Westens zu erreichen hofft, vielleicht sogar der Illusion erliegt, ein Angriff auf Taiwan hätte keine Konsequenzen. Der Dialog mit China wird hingegen nicht gestärkt, weil die chinesische Führung dafür eine geringere Notwendigkeit sehen wird. Souveränität der EU lässt sich nur mit und nicht gegen die USA erreichen.



Prof. Dr. Dr. h.c. Lars P. Feld